

# Bericht aus Berlin

Norbert Brackmann informiert

Newsletter  
Oktober 2014

*Liebe Freunde,*

das Thema Ebola bewegt seit Wochen die deutsche Öffentlichkeit. Einer Prognose der Vereinten Nationen zufolge wird die Ebola-Epidemie bei ausbleibenden Hilfen bereits im November auf über 20.000 erkrankte Menschen steigen. Eine erschreckende Zahl.

Diese Woche hat mich das Thema als Haushälter im Besonderen bewegt. Denn im Kampf gegen Ebola stellt der Deutsche Bundestag nun weitere 85 Millionen Euro bereit. Der Beitrag Deutschlands summiert sich so auf insgesamt 102 Millionen Euro. Die zusätzlichen Mittel wurden durch die Bundesregierung beantragt und im Haushaltsausschuss die Hilfsmaßnahmen und die dafür notwendigen Ausgaben erläutert.

Als wichtigste Maßnahme wird der Aufbau und Betrieb von sogenannten Behandlungseinheiten finanziert. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) arbeitet hierzu federführend mit der Bundeswehr zusammen. Zwei Erkundungsteams des DRK sind bereits seit vergangener Woche in Sierra Leone und Liberia im Einsatz, um die deutsche Hilfe vorzubereiten.

Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Reaktion aus der Gesellschaft. Wie ich erfahren konnte, haben sich beim DRK bislang über 1.500 Bürger freiwillig gemeldet, um vor Ort in Afrika helfen zu wollen. Auch wenn nur 97 Freiwillige für die Aufgabe tatsächlich in Frage kommen, habe ich größten Respekt vor der Entscheidung.

## Das Lebenshilfswerk Herzogtum Lauenburg zu Gast in Berlin

Es hat mich sehr gefreut, dass ich nach der Parlamentspause eine Gruppe des Lebenshilfswerkes Herzogtum Lauenburg in Berlin begrüßen konnte.

Nach einer interessanten 90 minütigen Hausführung habe ich mich mit den Teilnehmern zu den Themen der Rentenpolitik und zum Personal unterhalten.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass ein großes Interesse an der Arbeit der Abgeordneten hier in Berlin besteht und konnte den strukturierten Tages- & Wochenablauf einmal skizzieren. Die Aufmerksamkeit und Fragen zu einzelnen Fachthemen, die in dieser Runde gestellt wurden, haben mich begeistert.

Nach dem Gespräch hatten alle die Möglichkeit, nach einer kleinen Stärkung im Besucherrestaurant des Paul-Löbe-Hauses die Reichstagskuppel zu besuchen.

Das Paul-Löbe-Haus liegt direkt an der Spree und bot einen herrlichen Ausblick auf die vorüberfahrenden Schiffe.

Vielen Dank für den Besuch.



## Neuerung in der Pflege

In der vergangenen Woche hat sich die Bundesregierung auf einen Gesetzentwurf zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verständigt. Der Gesetzentwurf hat drei wesentliche Neuerungen und soll zum 1. Januar 2015 in Kraft treten.

Mit dem Gesetz sollen Beschäftigte dann einen Anspruch auf 10-tägige Auszeit mit Lohnersatzleistung haben, um eine neue Pflegesituation organisieren zu können.

Entscheiden sich Beschäftigte für eine sechsmonatige Freistellung in Pflegezeit, haben sie durch das Gesetz Anspruch auf ein zinsloses Darlehen. Hintergrund ist die Absicherung des Lebensunterhaltes.

Als dritte Neuerung soll Beschäftigten ein Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit zugesprochen werden – für die Dauer von bis zu 24 Monaten bei einer Mindestarbeitszeit von 15 Wochenstunden.

Neben der Pflege wurde auch die Begleitung von nahen Angehörigen in ihrer letzten Lebensphase einbezogen. Bis zu drei Monate können sich Arbeitnehmer für die nahen Angehörigen Zeit nehmen. In den Personenkreis „nahe Angehörige“ aufgenommen wurden zudem die Stiefeltern und Schwäger.

## 9. Bundeskongress Öffentliche Infrastruktur

Am Mittwoch war ich beim Bundeskongress für öffentliche Infrastruktur zu Gast.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema „Infrastruktur ist kein Nullsummenspiel“ führte ich eine angeregte Diskussion mit der Bundestagsabgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Valerie Wilms, der Staatssekretärin des Landesministeriums der Finanzen Brandenburg, Daniela Trochowski, dem Beigeordneten des Deutschen

Landkreistags, Matthias Wohltmann sowie Prof. Thorsten Böger, dem Geschäftsführer der Infrastrukturfinanzierungsgesellschaft.

Kernthema der Diskussion waren die sogenannten Öffentlich Privaten Partnerschaften. Hierbei sollen durch die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft Synergien entstehen. Das führt zu einer deutlich schnelleren Projektabwicklung bei Infrastrukturmaßnahmen. Gleichzeitig erweist sich die Ausführungsqualität als überdurchschnittlich, weil die neu erbauten Strecken über einen längeren Zeitraum in der Verantwortung der privaten Partner verbleiben. Und nicht zuletzt führen optimierte Finanzierungsstrukturen bei ÖPP-Projekten dazu, dass eine ÖPP-Realisierung im konkreten Fall oft wirtschaftlicher ist als eine herkömmliche Beschaffung.

In der Diskussion habe ich besonders hervorgehoben, dass ÖPP-Projekte wichtige Voraussetzungen sind, um Deutschlands Infrastruktur zukunftsfähig zu machen.



*Ihr Norbert Brackmann*